Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.25 M. Einzelnummer 25 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 92 | Dresden, Donnerstag den 22. April 1920 | 31. Jahrg.

Vor Umbildung der sächsischen Regierung

Das Problem der Gesinnung

Von Bernhard Rausch

Wie machen wir die Reichswehr zu einem absolut zuverlässigen Machtinstrument der Republik? Das ist das brennende politische Problem, vor dem wir stehen.

Diese Aufgabe wird dadurch erschwert, daß die Reichswehr ein Heer von Söldnern ist. Die der demokratischen Verfassung des Deutschen Reiches am meisten entsprechende Heeresform wäre ein Volksheer der allgemeinen Wehrpflicht, und es liegt eine Tragik der deutschen Revolution darin, daß wir just in dem Augenblick, als die Bahn frei war, unser altes Heer von den letzten Schlacken des Feudalismus zu befreien, durch den Haß und die Furcht unsrer Kriegsgegner gezwungen wurden, ein kleines Söldnerheer aufzustellen.

Söldnerheere haben stets die Tendenz gehabt, Prätorianergarden und Spielbälle in den Händen der Meistbietenden zu werden. So läßt in den Tagen der Friederizianischen Wachtparade Lessing seinen Major von Tellheim zum Wachtmeister Werner sagen:

„Laß mich nicht von dir glauben, daß du nicht sowohl das Metier als die wilde, liederliche Lebensart liebest, die unglücklicherweise damit verbunden ist. Man muß Soldat sein für sein Land oder aus Liebe zu der Sache, für die gefochten wird. Ohne Absicht heute hier, morgen da dienen, heißt, wie ein Fleischerknecht reisen, weiter nichts."

Heute hier, morgen da! Man darf nicht übersehen, daß allein die wirtschaftlichen Zukunftssorgen der vor der Auflösung stehenden Reichswehrteile diese unzuverlässig und den Putschisten gefügig gemacht haben. Sie folgten den Rattenfängern, die ihnen auch weiter Lohn und Brot versprachen.

Mit einer Armee aber, die sich nach der Weise der Wallensteiner wie eine Dirne dem Meistbietenden in die Arme wirft, ist natürlich in einem modernen demokratischen Staatswesen nichts anzufangen. Das Heer der deutschen Republik muß nicht nur gegen wirtschaftliche Lockungen gefeit sein, es darf auch weder durch einen Wechsel der Parlamentsmehrheiten (Beteiligung der Unabhängigen an der Regierung) noch durch Veränderungen in den Führerstellen erschüttert und verwirrt werden können. Der deutsche Soldat muß sich vielmehr mit Stolz als Hüter der Demokratie fühlen, denn nur das Bewußtsein, zum Schutze der freiesten Verfassung der Welt die Waffen zu tragen, vermag ihn auf die Dauer innere Festigkeit und sittlichen Halt zu verleihen.

Das Beispiel Englands und Nordamerikas beweisen, daß auch demokratische Staatswesen sehr gut mit Söldnertruppen auszukommen vermögen. Deutschland ist noch eine junge Demokratie. Der demokratische Gedanke hat bei uns noch zu wenig Boden gewonnen in den Kreisen derer, die das staatliche Machtinstrument mit in Händen halten, der ehemaligen kaiserlichen Offiziere.

Ich kann wohl aus meinen Erfahrungen im Reichswehrministerium der zugeben, daß ein nicht geringer Teil der Offiziere ihren Eid und ihren Beruf sehr ernst nehmen, ein andrer Teil aber steht nicht mit der Festigkeit auf dem Boden der Verfassung, wie im Interesse des ganzen Volkes gefordert werden muß.

Die Pflichten des Reichswehrsoldaten liegen indessen so klar und offen zutage, daß auch der einfältigste Sinn sie begreifen kann. Der grundlegende Artikel 1 der deutschen Reichsverfassung lautet: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Auch dem Heer gegenüber übt die oberste Befehlsgewalt das deutsche Volk selber durch seine gewählten Vertreter aus, den Reichspräsidenten und den vom Parlament beauftragten Reichswehrminister. Dementsprechend leistet der Reichswehrsoldat den Eid nicht mehr einer einzelnen Person, sondern er schwört Treue der Verfassung! Die Reichswehr darf also keine auf bestimmte Parteien oder gar einzelne Personen eingeschworene Prätorianergarde sein, sondern hat die Aufgabe, den auf verfassungsmäßigem Wege zum Ausdruck gelangenden Mehrheitswillen des Volkes Gesetz zu verschaffen und sich ihm und seinen Organen gegenüber zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet zu fühlen.

Das Bewußtsein, dem Schutz der Verfassung zu dienen, gibt der modernen Truppe erst die höhere sittliche Weihe, und nur ihre unbedingte Verfassungstreue vermag ihr jenes Maß von Achtung und Liebe des Volkes zu verschaffen, das jede ehrliebende und zuverlässige Truppe mit Recht beanspruchen darf.

Wie aber machen wir die Reichswehr zu einer zuverlässigen demokratischen Truppe? Zunächst wäre es unsinnig und ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß weil die Reichsverfassung jedem Staatsbürger freie politische Betätigung gestattet, diese auch dem Soldaten zu gewähren sei. Die Freiheit politischer Betätigung findet beim Soldaten ihre feste Schranke an dem ihm übertragenen öffentlichen Amt. Politische Torheiten Unbewaffneter sind wohl zuweilen störend, aber nicht gefährlich. Eigenmächtige politische Betätigung Bewaffneter aber — der Kapp-Putsch hat es gelehrt — birgt die schwersten Gefahren für den Bestand des Reiches in sich.

Der Reichswehrsoldat hat sich deshalb jeder aktiven politischen Betätigung zu enthalten. Das kann nun keineswegs bedeuten, daß er in einem politisch indifferenten Raum leben soll. Das wäre eine unmögliche Forderung, zumal in einer so bewegten und von Problemen erfüllten Zeit wie der jetzigen. Außerdem ist nur der Soldat zuverlässig, der wirklich weiß, wofür er kämpft.

Um die Reichswehr nicht gefährlichen politischen Einflüssen auszusetzen, wird die Regierung sich deshalb eine intensive staatsbürgerliche Aufklärung und Erziehung der Truppe angelegen sein lassen müssen. Verzichtet sie auf einen systematischen Einfluß auf Geist und Gesinnung des Heeres, so überliefert sie es rettungslos der Agitation ihr feindlicher Strömungen.

Der Aufklärungsdienst in der Reichswehr darf natürlich keinen engen, parteipolitischen Charakter tragen, sondern hat die Aufgabe, nach allgemeinen Grundsätzen staatsbürgerlicher Bildung und Erziehung Verständnis und Liebe für die neuen Staatsgrundsätze der Republik und die hohe Aufgabe der Reichswehr zu erwecken. Als Grundlage der Erziehung der Reichswehr ist es nicht ausreichend, wenn ganz allgemein wie es bisher in den von Offizieren gelenktem Unterricht geschehen ist, Vaterlandsliebe und soldatische Tugenden gepflegt werden. Das schafft eine unklare, verschwommene Stimmung, die allen möglichen schädlichen Einflüssen Tür und Tor öffnet. Welcher Politiker, mag er noch so verstiegene und gefährliche Ziele verfolgen, behauptet nicht von sich, vaterlandsliebend zu sein? Wäre schon vor dem Kapp-Putsch der Reichswehr und namentlich den höheren Kommandostellen in Fleisch und Blut übergegangen, daß die Verfassungstreue das unantastbare Heiligtum jedes Soldaten ist, dann hätte es zu dem Putsch überhaupt nicht kommen können. Vaterlandsliebe und soldatische Tugenden müssen erst einen positiven Inhalt bekommen, eben in der Liebe und Treue zur Verfassung. Der Aufklärungsdienst in der Reichswehr, namentlich seine Zentralleitung im Reichswehrministerium, darf selbstverständlich nicht in Händen von Offizieren liegen, sondern ist Aufgabe von politisch gebildeten Persönlichkeiten.

Das Wissen, das der Soldat heute am notwendigsten braucht ist das Wissen von der Verfassung. Nur dieses Wissen macht ihn zum bewußten Träger des Volkswillens und gibt ihm Kraft, Selbstbewußtsein und innere Sicherheit im Kampf gegen alle diejenigen, deren politische Verleydung gegen die granitnen Grundmauern des deutschen Volksstaates anstürmt.

Dr. Gradnauers Rücktrittserklärung

Der Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat an den Präsidenten der Volkskammer, Fräßdorf, folgendes Schreiben gerichtet:

Dresden, 22. April 1920.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Bereits vor vier Wochen habe ich Ihnen und den beiden Fraktionen, die die Regierung bilden, die Absicht dargetan, wegen meines Gesundheitszustandes vom Amte zurücktreten zu wollen. Auf Ihr und der beiden Fraktionen Ersuchen habe ich damals von der Ausführung meiner Absicht noch Abstand genommen. Je länger, je mehr erkenne ich jedoch, daß ich den Anforderungen des Amtes nicht genügend gewachsen bin. Dazu kommt ein politischer Anlaß. In verschiedenen Organisationen der Sozialdemokratischen Parteien ist die Tätigkeit der Regierung in einigen Fragen absprechend beurteilt worden. Ich halte diese Kritik für unberechtigt und zweifle nicht, daß es durch mündliche Aussprache in den betreffenden Parteiorganisationen gelingen würde, die vorliegenden Mißverständnisse zu beseitigen. Hierzu aber würde es einer gründlichen Aufklärungsarbeit im Lande bedürfen. Diese Arbeit zu leisten, bin ich gegenwärtig durch meinen Gesundheitszustand verhindert.

Aus diesen Gründen erkläre ich hiermit meinen Rücktritt vom Amte des Ministerpräsidenten. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und Neubildung des Ministeriums werden die Amtsgeschäfte von mir und meinen Kollegen fortgeführt werden.

Es sei mir, sehr verehrter Herr Präsident, noch gestattet, noch hinzuzufügen, daß es in dieser Stunde mein heißester Wunsch ist, daß es meinem von der Volkskammer zu wählenden Nachfolger gelingen möge, mit fester und erfolgreicher Hand das Staatsschiff durch die Stürme dieser unruhevollen Zeit in sicheren Hafen zu steuern.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

gez. Dr. Gradnauer.

(Zur Regierungskrise verweisen wir auch auf den Artikel in der Beilage.)

Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni.

Berlin, 22. April. Die Wahlen zum ersten Reichstag der Republik werden nunmehr, wie endgültig feststeht, Sonntag den 6. Juni stattfinden. Die Nachrichten, die von einer neuen Verschiebung sprechen, entsprechen nicht den Tatsachen.

Drei deutsche Noten in San Remo

Bern, 22. April. Aus San Remo wird gemeldet, daß die deutsche Abordnung der Friedenskonferenz drei Noten überreicht habe:

1. Die Anwort der deutschen Regierung auf das Verlangen, die Einwohnerwehren aufzulösen.

2. Ueber die Höhe der Truppenzahl in der neutralen Zone: Die Regierung bittet darin die Entente, künftighin nicht mehr die Anzahl der Bataillone, sondern die genaue Zahl der Truppen zu bestimmen. Sie bittet auch darum, daß die Artillerie zahlreicher als bis jetzt festgesetzt werde.

3. Die deutsche Regierung fordert, daß die Reichswehr auf das Doppelte des zugesagten Bestandes, also auf 200000 Mann gebracht werde. Sie ersucht ferner, den Großen Generalstab behalten und die Artillerie, Luftschiffahrts- und die Eisenbahnkompanien vergrößern zu dürfen.

Nitti und George gegen Millerand

Frankfurt a. M., 22. April. Nach dem Korrespondenten des Journal hatten sich Lloyd George und Nitti vor der Konferenz schriftlich auf folgendes Programm geeinigt:

Die Entwaffnung Deutschlands wird gefordert unter Androhung der Wirtschaftsblockade. Zugleich wird eine Politik der Annäherung eingeleitet, wenn nötig vermittels einer neuen Konferenz mit Deutschland, was einer Revision des Versailler Vertrages und dem Wiederaufbau Deutschlands mit Unterstützung der Alliierten gleichkäme. Die Frage der Wiedergutmachung würde bei dieser Gelegenheit oder dann später behandelt werden. Der Korrespondent stellt die Uebereinstimmung der Minister in der Frage der Entwaffnung Deutschlands fest, aber Frankreich sei mit den vorgeschlagenen Mitteln und Wegen nicht einverstanden.

Englischer Kredit für Deutschland

Paris, 21. April. Wie Excelsior aus London meldet, soll Deutschland an dem vom Unterhause bewilligten Kredite von 26 Millionen Pfund Sterling teilnehmen können. Es sollen Garantien geleistet werden für deutsche Ankäufe in England in Rohmaterialien und fertigen Erzeugnissen.

Abweisung der oberschlesischen Forderungen

Breslau, 22. April. Der Rat der Verbündeten in Paris hat in einer neuen Sitzung seine Plebiszitkommission in ihrer rechtswidrigen Haltung bestärkt. Er gibt bekannt, daß die gegen die Tätigkeit der interalliierten Kommission und gegen die Haltung der französischen Militärbehörden in Oberschlesien gerichteten Beschwerden einstimmig für unbegründet erklärt worden seien.

•

Wie weiter aus Breslau gemeldet wird, ist die Streiklage in Oberschlesien noch nicht geklärt. Es finden innerhalb der Beamten- und Arbeiterschaft noch Beratungen statt. Es tagt in Kandrzin ein Ausschuß von 50 Mitgliedern, um über die der interalliierten Kommission vorzulegenden Forderungen zu beraten, die dann am Sonnabend überreicht werden sollen. Nach wie vor stehen die Organisationen auf dem Standpunkt, daß eine Ablehnung der Forderungen zum Generalstreik führen müsse.

•

Ein erfolgreicher Protest

Kattowitz, 22 April. Der interalliierte Ausschuß für Regierung und Volksabstimmung hatte bekanntlich die Anordnung getroffen, daß das für den Dienstgebrauch bestimmte Amtsblatt der Eisenbahndirektion Kattowitz künftig in polnischer und deutscher Sprache zu erscheinen habe. Sowohl die Eisenbahndirektion Kattowitz als auch die deutschgesinnten Vertreter der Eisenbahnbeamten und Arbeiter haben dagegen energisch protestiert und die Zurücknahme dieser Verfügung beantragt. Sie begründeten dies damit, daß durch die zweisprachige Handhabung des Betriebes Gefahr für Leib und Leben aller am Eisenbahnbetrieb beteiligten Personen entsteht. Der Ausschuß hat darauf diese Anordnung bedingungslos zurückgezogen.

•

Die Stimmung in Oberschlesien

Aus Gleiwitz meldet der Lokal-Anzeiger, daß in einer Konferenz polnischer Vertrauensleute kürzlich festgestellt wurde, zurzeit könne damit gerechnet werden, daß 945 Bezirke eine Mehrheit für den Anschluß an Polen bringen, daß aber in 1294 Abstimmungsbezirken eine **sichere Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland vorhanden** sein werde.

•

Ein Breslauer Telegramm der Voßischen Zeitung berichtet, daß Polen die **Beseitigung der Sicherheitswehr** und die **Verschiebung der Volksabstimmung** in Oberschlesien vom Obersten Rate fordern werde.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200422/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG